

Wie geht's weiter in der Ukraine?

Die deutsche G7-Präsidentschaft im Zeichen des Krieges

Online-Bürgerdialog

Mo. - 23. Mai 2022 - 17:00 Uhr

Mit **Ralf Fücks**, Gründer und geschäftsführender Gesellschafter des Zentrums Liberale Moderne, und **Prof. Dr. Ursula Schröder**, u.a. Wissenschaftliche Direktorin des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.



Diese unter Federführung durch den Bundesverband der Europa-Union Deutschland organisierte Online-Veranstaltung im Rahmen des Bürgerdialogprojekts „*Europa in der Welt – Wir müssen reden!*“ wurde ohne längere Vorträge der Experten als offene Gesprächsrunde unter Moderation von Frau Helene Sattler gestaltet. Als zusätzliche Gesprächspartnerin bereicherte Frau Oleksandra Keudel, eine junge ukrainische Wissenschaftlerin, den Expertenkreis. Ohne Zweifel war ein schwieriges Thema zu bearbeiten.

Die Eingangsfrage bezog sich darauf, ob es bei den fossilen Brennstoffimporten ein sofortiges Embargo gegen Russland geben sollte. Rund 80 % der Online-Teilnehmer sprachen sich wie die Experten dafür aus.

Die eigentliche Gesprächsrunde nahm die Politik der Bundesregierung und der G7-Gesprächsrunde als Ausgangspunkt. Betont wurde, dass es notwendig sei, strategische Zielsetzungen deutlicher zu formulieren. Wir brauchen eine globale Verpflichtung, gemeinsam die Folgen des Krieges in der Ukraine abzufedern. Zu-künftig werden informelle Foren bei der Meinungsbildung an Bedeutung gewinnen.

Ein weiterer Punkt der Diskussion war die Perspektive des Beitritts der Ukraine in die EU. Übereinstimmung zeigte sich in der Zustimmung zu diesem Schritt, sofern die notwendigen Beitrittskriterien erfüllt sind. Der gesellschaftliche Wille dazu ist in der Ukraine sehr hoch. Die z. T. in der Öffentlichkeit diskutierte Möglichkeit eines „Notfallverfahrens“ scheidet mit Rücksicht auf bereits vorhandene Kandidaten aus und ist auch keine Forderung der Ukraine selbst. Es geht heute um ein Signal für einen Kandidatenstatus der Ukraine, wie lange dann die Beitrittsverhandlungen laufen werden, bleibt eine offene Frage. Die

künftige Aufnahme der Ukraine in die EU ist nicht nur eine Solidaritätsfrage, sondern auch ein Gewinn für die EU, besonders auch unter ökonomischen Gesichtspunkten.

In der weiteren Diskussion wurde die Frage, inwieweit durch politisch-diplomatische Verfahren ein Ende des Krieges in der Ukraine erreicht werden kann, durchaus unterschiedlich gesehen. In diesem Zusammenhang verwies man darauf, dass auch Sanktionen global nicht allgemein akzeptiert werden. Schließlich sind es etwa 40 Länder in der UNO, die sich gegen die Sanktionspolitik ausgesprochen haben. Es muss durchaus in Rechnung gestellt werden, dass eine ganze Reihe „blockfreier Länder“ eine vorsichtiger Politik betreibt. Hinzu kommt, dass die Glaubwürdigkeit westlicher Staaten auch dadurch gelitten hat, in früheren Kriegssituationen der letzten Jahrzehnte zu sehr geschwiegen zu haben, obwohl auch dabei Völkerrecht gebrochen wurde. Was als Lehre bleibt, ist die Folgerung, dass wir ein gemeinsames, europäisches und weltweites Konzept brauchen, um eine neue Weltfriedensordnung zu schaffen, die politisch und ökonomisch besser und wirksamer wird, auch unter Berücksichtigung der weiteren global bestehenden Krisen und ihrer Auswirkungen.

Diskutiert wurden in dieser Gesprächsrunde u. a. auch die Beitrittsanträge von Schweden und Finnland in die NATO, auch im Zusammenhang mit der wohl besonders aus eigenen Interessen und wohl eher aus taktischen Gründen herührende ablehnende Haltung der Türkei.

In den kurzen Statements der Experten zum Abschluss der Veranstaltung kam noch einmal das politische Grundanliegen sowohl der G7-Staaten als auch der gesamten Weltgemeinschaft zum Ausdruck:

- Es muss international für die Zeit nach dem Krieg in der Ukraine eine umfassende Finanzhilfe für den Wiederaufbau organisiert und garantiert werden.
- Es müssen gemeinsame konkrete Vorstellungen für die Zukunft in Europa und weltweit entwickelt werden. Wir brauchen mehr Investitionen in eine stabile und tragfähige internationale Friedensordnung.

Nicht alle Details der Diskussionsrunde konnten in diesem Bericht durch den Berichtersteller aufgegriffen werden. Ergänzungen zum Thema werden sicher in den geplanten weiteren Veranstaltungen möglich sein.

Joachim Gasielki